

Wahlprogramm 2022

Für eine solidarische Uni!

Wir, die Juso Hochschulgruppe Hannover, treten bei den Wahlen vom 14. Januar bis 28. Januar 2022 bei den studentischen Wahlen an. Wir kandidieren für den Studentischen Rat, den FSR PhilFak, den FSR Jura und den Fakultätsrat der Juristischen Fakultät.

Für den Senat und die Fakultätsräte der Juristischen und Philosophischen Fakultät kandidieren wir auf der Liste „Kritische Liste“ – ein Bündnis von Jusos, Linksjugend, SDS, CampusGrün und Studierenden der Fakultäten PhilFak, MaPhy, ArchLand, BauIng, ET/Inf, Jura, Maschbau und NaWi.

Corona-Pandemie und Unileben 2022

Was soll anders laufen?

Die Corona-Pandemie hat uns gelehrt, dass die Studierendenschaft weitestgehend von der Politik ignoriert wird und wir für unsere Interessen kämpfen müssen. Daher kämpfen wir für euch, dass die Universität nicht mehr in digitaler Form wie 2020 und 2021 stattfindet und mit einem planbaren Konzept für eine pandemie gesicherte Universität in der Zukunft. Wir kämpfen für euch im studentischen Senat, im studentischen Rat und weiteren studentischen Gremien!

Wir brauchen Planungssicherheit!

Wir denken, die Präsenzuniversität muss weiterhin stattfinden mit funktionierenden Hybrid Elementen, wie zum Beispiel das aufnehmen von Vorlesungen und vielem mehr. Die positiven Aspekte und Erfolge der Online Lehre sollen für die Zukunft mitgenommen werden.

Nach unsere Auffassung muss die Digitalisierung weiterhin ausgebaut werden und das Konzept total entweder Präsenzuni oder nur Online Uni sollte hinterfragt werden, hier fordern wir mehr Diskussionen, wir brauchen nämlich Planungssicherheit.

Wir fordern eine offene Diskussion mit allen studentischen Elementer der Leibniz Universität Hannover, damit Fehler in den vergangenen Pandemie-Semestern, nicht mehr vorkommen.

DAS WOLLEN WIR ERREICHEN:

Gutes Studium, gute Lehre für alle.

Gute Studienbedingungen zu schaffen ist für uns die absolut wichtigste Aufgabe der Universität. Möglichst viele Menschen sollen in den Genuss eines qualitativ hochwertigen Studiums kommen. Das ist für uns gelebte Gleichstellungspolitik. An vielen Stellen hat die Uni aber noch Nachholbedarf. Deswegen arbeiten wir im StuRa, im Senat und in den anderen Gremien aktiv daran, möglichst viel davon zu verwirklichen. Insbesondere über die Studienqualitätsmittel, an deren Vergabe wir Jusos aktiv mitwirken, aber auch über unsere Kontakte in die Landespolitik wollen wir ein gutes Studium für alle ermöglichen.

Ein gutes Studium für alle, ist unser Ziel!

Genügend Professuren, genügend Lehre!

Die Kultur des Sparens fällt Studierenden auf, sobald sie im ersten Semester angekommen sind. Die Einführungsveranstaltungen wirken noch berauschend und vielfältig, doch sobald es ans Vertiefen geht, fehlen die alternativen Lehrangebote.

Insbesondere in den letzten Semestern hat sich durch die fortschreitende Kürzung von wichtigen Professuren über die Fachbereiche hinweg eine deutliche Verschlechterung des Studienangebots ergeben. Wir werden uns nachhaltig für die Rückholung der gestrichenen Stellen sowie den Ausbau der Professuren und insbesondere der kritischen Lehre einsetzen. Denn Änderungen von Prüfungsordnungen, weil Stellen gekürzt werden, sind kein Zustand, den wir hinnehmen wollen.

Kritische Lehre – jetzt und in jedem Studiengang

Zu einem guten Studium gehört auch gute und kritische Lehre. Wir setzen uns daher aktiv gegen die Verschulung des Studiums ein und wollen nicht, dass sich die universitäre Lehre immer mehr den Bedürfnissen der Wirtschaft anpasst und zu einer Art "besserer Ausbildung" verkommt. Denn frei und kritisch denkende Persönlichkeiten sind etwas, das unsere Gesellschaft dringender braucht als Fachidiot*innen. So sollte das Studium jederzeit zu einer kritischen Auseinandersetzung mit den Lerngegenständen einladen und auffordern. Vor allem die Teilnahme an fachfremden Veranstaltungen muss gefördert und anerkannt werden.

Auch die aktive Einbringung Studierender in die (Hochschul-) Politik und gesellschaftliches Engagement müssen gefördert werden. Um dies zu ermöglichen, setzen wir uns für eine Entzerrung der Lehrpläne ein. Die Regelstudienzeit darf keine unumgängliche Vorgabe, sondern lediglich ein Richtwert sein.

Darüber hinaus sollen die einzelnen Fachbereiche ihre Wissenschaft ständig in Frage stellen. Wissenschaftsreflexion bzw. das kritische Befassen mit dem Erlernten muss zum Standard werden. Insbesondere die einseitig kapitalistisch orientierte Monokultur der Wirtschaftswissenschaften muss durchbrochen und durch plurale Lehrangebote ergänzt werden.

Politische Bildung als Notwendigkeit

Politische Bildung ist für uns ein absolutes Muss. Es kann nicht sein, dass die Universität als selbsterklärte Speerspitze der Bildungsgesellschaft nicht in der Lage ist, ihren Studierenden

ein grundlegendes Wissen über Politik und Gesellschaft zu vermitteln. Die schulische Bildung legt den Grundstein dieses Wissens, es reicht aber noch lange nicht aus.

Als Student*in muss man über eine Ausbildung verfügen, die unabhängig von der eigenen Studienrichtung eine verantwortungsvolle Mitgestaltung von (Zivil-)Gesellschaft und Demokratie ermöglicht. Es fällt jedoch auf, dass Studierende oft nicht in der Lage sind, gesellschaftliche Strukturen zu erkennen und darauf basierend Entscheidungen zu treffen; man richtet sich lieber nach den persönlichen subjektiven Erfahrungsräumen. Dieses Problem tritt naturgemäß vor allem in Fachrichtungen auf, die der Politikwissenschaft, der Geschichte und der Soziologie ferner stehen, jedoch nicht ausschließlich dort. Es ist erschreckend, wie wenig kritisches Bewusstsein selbst bei Studierenden der Fachrichtungen besteht, die sich tagein, tagaus mit gesellschaftspolitischen Themen befassen.

Als Konsequenz aus diesen Zuständen fordern wir ein breites politisches Bildungsangebot seitens der Universität und aller Fakultäten, das eine kritische Auseinandersetzung mit den Verhältnissen in der Gesellschaft und damit auch in der eigenen Fachwissenschaft ermöglicht. Die sehr guten studentisch organisierten Angebote brauchen Unterstützung, aber auch eine organisierte Ergänzung dahingehend, dass deutlich mehr Studierende erreicht werden müssen. Hier sehen wir die Universität in der Pflicht. Nur so kann auf lange Sicht die ganz besonders heutzutage notwendige Repolitisierung der Studierendenschaft wirklich umfassend vorangetrieben werden.

Gleichberechtigung der Studiengänge

Die Uni Hannover setzt immer mehr auf technische und vermeintlich wirtschaftlich verwertbare Studienfächer. Dabei werden viele Studiengänge, insbesondere im Bereich der Geisteswissenschaften, kontinuierlich marginalisiert.

Zahlreiche Studierende werden im Vergleich zu anderen benachteiligt, da ihre Studienbedingungen nicht annähernd so gut sind wie die in technischen oder naturwissenschaftlichen Fächern. So sind vielerorts fast alle Veranstaltungen überfüllt oder Studierende haben nicht die Möglichkeit, Pflichtveranstaltungen zu besuchen. Dazu kommt, dass sogar Teile der Lehre von anderen Studierenden übernommen werden, da nicht ausreichend Lehrpersonal eingestellt wird. Wir sprechen uns gegen diese Ungleichbehandlung aus. Stattdessen machen wir uns für ein breites und ausgewogenes Fächerspektrum stark.

Auch bei den Studienqualitätsmitteln muss das deutlich werden. Wir lehnen eine Aufteilung nach "teuren" und "billigen" Studiengängen ab, da so die Situation vieler Studierender extrem verschlechtert werden würde. Stattdessen halten wir an der "Pro Kopf"-Verteilung der Mittel entschieden fest. Verbesserungen durch Studienqualitätsmittel müssen allen Studierenden gleichermaßen zugute kommen.

Hochschulfinanzierung- Stop the Cuts!

Eine gutes Studium ist nur mit einer ausfinanzierten Hochschule möglich. Wir wollen eine solide Grundmittelausstattung der Leibniz Universität Hannover, die Grundmittel müssen erhöht werden und der Wettbewerb unter den

Hochschulen auch. Konkurrenzdenken lehnen wir ab. Wir sind für eine solidarische Universität. Hochschulkürzungen müssen wir stoppen, wir fordern das in Hochschulen endlich investiert werden. Zusätzliche finanzielle Mittel sind nötig, um der Leibniz Universität Hannover einen modernen Anstrich zu geben.

Wir sind kritisch gegenüber das Modell der Stiftungsuniversität, der Staat sollte die Bildungsinfrastruktur finanzieren und nicht Stiftungen. Wir stemmen uns gegen Konkurrenz und Wettbewerb zwischen den Universitäten in Niedersachsen.

Ergebnisse aus den Dialog zur Zukunft der Hochschulen in Niedersachsen ¹ wollen wir sehen und auch das diese in der Tagespolitik umgesetzt wird. Wir erwarten dies von der Landesregierung.

Wir fordern auch ein Moratorium der Hochschulkürzungen, wie auch viele andere Organisationen.

Lehrangebote sollen nicht gestrichen/gekürzt werden, dass darf nach unserer Sicht nicht sein. Ebenso das Streichen von Studiengängen darf nicht wieder passieren, wenn die Möglichkeit besteht sie nicht zu streichen

Wir unterstützen TV Stud Hannover und auch den berechtigten Aufschrei durch #ichbinhannah. Es kann nicht sein, das Uni-Beschäftigte, Mitarbeitende, Dozierende und auch Hilfswissenschaftliche Mitarbeiter*innen sich von befristeter Stelle zur befristeter Stelle han

Transparenz bei Drittmitteln

Der Einfluss der Wirtschaft auf die Forschung muss transparent werden. Nur so können ungewollte Einflussnahmen von außen verhindert und die Wirksamkeit der Zivilklausel überprüft werden. Darum wollen wir eine Transparenzklausel, die Drittmittel offenlegt.

Zu volle Seminarräume bekämpfen - ausreichend Lehrkräfte einstellen

Voller Enthusiasmus kommt man als Er*Sie an den ersten Tagen zur Uni und ist total verblüfft von all den neuen Eindrücken, die an unserer Hochschule auf sie*ihn einrieseln. Insbesondere die Zusammenstellung des Stundenplans ist dabei in der Einführungswoche immer wieder ein großes Abenteuer für die neuen Studierenden. Die ersten Schocks lassen jedoch nicht lange auf sich warten: Wartelisten ohne Erfolgchancen auf Plätze in Seminaren, die für den Bachelor gebraucht werden, überfüllte Vorlesungssäle und generell zu wenig Aufmerksamkeit für Studierende von Seiten der Uni. In Zeiten, in denen eine

1

<https://www.lhk-niedersachsen.de/aktuelles/aktuelles/appell-fuer-ein-moratorium-der-hochschulkuerzungen-und-einen-dialog-zur-zukunft-der-hochschulen-in-niedersachsen>

Orientierung so oder so schwer fällt, in Zeiten, in denen sich die universitären Gebühren zu einer Art zweiter Studiengebühr erhöhen, sollte zumindest für alle Studierenden genügend Platz in den Studiengängen sein, in die sie sich schließlich haben einschreiben lassen. Deswegen fordern wir sofort die Einstellung weiterer Dozent*innen und die Bereitstellung weiterer Seminarräume, insbesondere für verpflichtende Einführungsseminare.

Ausreichende Finanzierung - gegen eine Uni des Humankapitals

„Und was kannst du später dann damit machen?“ Diesen Satz hat jede*r Geisteswissenschaftler*in im Laufe seines*ihres Studiums zumindest einmal gehört. Das nervt. Die Uni ist letzten Endes doch nicht nur eine Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt, sondern viel mehr als das Formen von möglichst verwertbarem Humankapital. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass Unternehmen und private Geldgeber an öffentlichen Universitäten keine Rolle spielen dürfen. Bildung ist Ländersache und nicht die Sache der freien Wirtschaft.

Benotung von Leistungen abschaffen

Wichtiger Bestandteil freier und kritischer Bildung ist die Abschaffung der Benotung von Prüfungsleistungen. Es gibt kaum Bewertungssysteme, die ungerechter und intransparenter sind als Noten. Studierende werden ungeachtet der individuellen Ausgangslage, der inhaltlichen Ansprüche oder der Nachhaltigkeit des Erlernten verglichen. Noten sind nicht vergleichbar und erheblich bedingt durch subjektive Willkür! Sie schaffen Anreize, sich nur mit den Lerninhalten zu beschäftigen, die letztendlich unter geringem Aufwand zu guten Noten führen.

Das stumpfe Replizieren von Inhalten steht der Entwicklung freien und kritischen Denkens in erheblichem Maße im Wege. Der durch die Benotung erzwungene Leistungs- und Konkurrenzgedanke hat negativen Einfluss auf die Zusammenarbeit unter Studierenden, die individuelle Schwerpunktsetzung, das ehrenamtliche Engagement und die Kreativität der Studierenden.

Wir setzen uns daher dafür ein, dass im Abschlusszeugnis lediglich die erworbenen Qualifikationen und angestrebten Schwerpunkte aufgeführt werden. Potenzielle Mitarbeiter*innen sollten weniger durch Noten als durch ihre während des Studiums erworbenen Fähigkeiten und Erfahrungen ausgewählt werden!

Bibliotheken ausfinanzieren und modern ausrüsten

Die Fachbibliotheken sind für das Selbststudium unerlässlich und oft vor allem für Studierende höherer Semester der Mittelpunkt des Studiums. Eine solide finanzielle Ausstattung für die verschiedenen Bibliotheken ist daher elementar. Wir fordern eine finanzielle Stärkung der FBKs, denn vielerorts fehlt es an Fachliteratur. Besonders kritisch ist aber die Sitz- und Arbeitsplatzsituation. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden. Darüber hinaus sind die Öffnungszeiten, insbesondere an der Sowi-Bib, den Bedürfnissen der Studierenden anzupassen. Andere Universitäten sollten hier Vorbildfunktion haben.

Zusätzlich muss das Online-Angebot der Bibliotheken dringend überarbeitet werden. Im Bereich E-Learning gibt es teilweise bis zu zehn verschiedenen Portalen, in denen sich teils

unterschiedliche, teils übereinstimmende Angebote finden. Hier sind eine Vereinfachung und Vereinheitlichung des bestehenden Angebots notwendig. Wir müssen die Zeichen der Zeit erkennen und anfangen, vermehrt auf Open Resources zurückzugreifen. Wie der Rechtsstreit mit der VG Wort gezeigt hat, kann die Zukunft von Lizenzprodukten mitunter auf wackeligen Beinen stehen.

Breitenförderung statt Elitenförderung

Wir wollen eine sinnvolle Verwendung der Mittel der Uni. Dabei muss erste Devise sein, dass möglichst viele Studierende von Verbesserungen und Projekten profitieren sollen. Die unverhältnismäßig starke Förderung von ohnehin privilegierten Studierenden lehnen wir ab. Insbesondere bei der Verteilung der Studienqualitätsmittel werden wir großen Wert darauflegen.

Auch ein Masterzugang mit einem abgeschlossenen Meister soll ermöglicht werden, um möglichst vielen verschiedenste Weiterbildungsmöglichkeiten zu bieten. Auch die Kommiliton*innen profitieren von der Einbringung praktischer Erfahrungen der gut ausgebildeten Meister.

Open University - Universitären Zugang für geflüchtete Menschen verbessern

Gerade in der momentanen Situation, in welcher mehr als 65 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht sind, ist es an der Zeit, in jedem Feld der Gesellschaft Impulse für erfolgreiche Integration zu setzen, auch in der universitären Lehre. Aus diesem Grund setzen wir uns für einen verbesserten Zugang aller geflüchteten Menschen ein. Darunter zählen wir unter anderem die Akkreditierung von im Ausland erworbenen Studien-, Schul- und Berufsabschlüssen, welche ein Studium ermöglichen würden. Des Weiteren denken wir, dass insbesondere in der Zeit der Medialisierung keine Papierzertifikate mehr nötig sind. Deshalb ist eine Liberalisierung hin zu ungedruckten Zertifikaten (z.B. Fotografien von Zeugnissen) dringend nötig. Wir müssen Geflüchteten hier vor Ort Perspektiven bieten, indem wir ihnen die Weiterführung ihres Studiums und den Einstieg in die Berufswelt ermöglichen.

Ausreichende Deutschlernangebote für internationale Studierende

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass ausländischen Studierenden Vertragsdokumente grundsätzlich auch in englischer Sprache bereitgestellt werden. Es kann schließlich nicht sein, dass Verträge unterschrieben werden sollen, die mangels Sprachkompetenz nicht verstanden werden können. Weiterhin setzen wir uns für ein größeres Angebot an Deutschkursen ein. Auch bei der Verteilung der Studienqualitätsmittel werden wir da ein Auge draufhaben. Das Fachsprachenzentrum benötigt hier mehr Unterstützung. Denn es kann auch nicht sein, dass für obligatorische Deutschprüfungen hohe Gebühren verlangt werden, um daraus Stellen zu finanzieren. Die Leidtragenden sind hierbei die internationalen Studierenden.

Bildung muss auch anerkannt werden!

Menschen, die im sog. Bildungsausland ihren Abschluss erwerben, der sie zu einem Hochschulstudium berechtigt, sollen dieses Recht nicht verbüßen, nur weil sie die Entscheidung getroffen haben, ihr Studium in Deutschland aufzunehmen. Hierbei ist sowohl die Rede von Qualifizierungen zu Bachelorabschlüssen als auch von im Ausland erworbenen Bachelor-Degrees, welche um einen weiterführenden Master erweitert werden sollen.

Sprachtests, welche für ein Studium an der Universität verpflichtend sind, dürfen nicht als Schranke dienen. Dies gilt gleichermaßen für alle Menschen, die einen solchen Test für ein Hochschulstudium benötigen.

Lebensraum Uni

Die Universität ist für viele nicht nur Lernraum, sondern auch Lebensraum. Studierende verbringen an der Uni sehr viel Zeit und sind daher auf die sozialen Einrichtungen angewiesen. Insbesondere das StuWerk leistet hier einen großen Beitrag zu einer guten Sozialstruktur. Wir wollen unseren Einfluss in den Gremien des StudiWerks nutzen, um die Situation zu erhalten und zu verbessern. Darüber hinaus setzen wir uns auch beim Gesetzgeber für eine Intervention ein. Insbesondere im Rahmen der geplanten Novelle des Hochschulgesetzes können die Voraussetzungen für den weiteren Ausbau der Sozialstrukturen an der Uni geschaffen werden.

Mensapreisbremse erhalten

Studierende sollen maximal einmal pro Studium eine Preiserhöhung mitmachen müssen. Das wollen wir unbedingt erhalten, schließlich sind viele Studis jeden Tag auf ein günstiges Mensaessen angewiesen.

Hauptmensa sanieren und an aktuellen Bedarf anpassen

Eine überdimensionierte Mensa, die ein riesiges Minus erwirtschaftet - das Land oder die Stadt muss hier investieren. Die Hauptmensa muss endlich dem eigentlichen Bedarf angepasst werden. Viele Räumlichkeiten könnten dann effizient anders genutzt werden. Gleichzeitig darf das nicht dazu führen, dass die chronisch überfüllte Contine noch stärker belastet wird. Auch hier müssen Ausbaukonzepte geschaffen werden, die aber keinesfalls zum Nachteil der hanOMacke geplant werden dürfen! Zur Entlastung kann auch eine Ausweitung der Öffnungszeiten der Hauptmensa beitragen. Während die Contine bis in die Abendstunden geöffnet hat, ist bei der Hauptmensa um 14.30 Uhr Schluss. In der Hauptmensa soll es darum eine lange Essensausgabe geben.

Ausbau des Bestands an studentischen Wohnheimen

Die Wohnungsnot in Hannover ist wie andernorts auch groß; die Wartelisten für die Wohnheime ellenlang. Das muss auch das Land erkennen. Wir werden deshalb versuchen, das Land auf die Wohnungsnot aufmerksam zu machen und einen Ausbau der studentischen Wohnheimplätze voranzutreiben. Gleichzeitig muss die Stadt dafür sorgen,

dass bezahlbarer Wohnraum nicht durch teure Luxuswohnungen verdrängt wird. Wir brauchen einen Aktionsplan gegen Gentrifizierung!

Freies Material - freie Lehre

Das Studium bedarf eines unglaublichen Kontingents an Material. Neben unzähligen Stiften gehen auch viele Blätter und Hefte allein während der Anfangswochen flöten. Bildung soll frei sein und auch frei bleiben! Aus diesem Grund sprechen wir uns neben der Freiheit des Besuchs einer Universität außerdem für die Einführung einer Mittelfreiheit aus. Diese beinhaltet die Freiheit von Materialien wie Stiften, Blöcken und weiteren Freikopien, welche von der Universität bereitgestellt werden müssen.

Barrierefreier Campus

Der barrierefreie Ausbau des Campus ist ein Muss! Das betrifft vorwiegend, aber nicht ausschließlich das Conti-Hochhaus. Es kann auch nicht sein, dass Studierende durch Fehlplanungen im Baumanagement den halben Conti-Campus nicht benutzen können, besonders wenn (um)gebaut wird! Allerdings endet Inklusion nicht bei Fahrstühlen, Rampen oder entsprechenden Toilettenangeboten. Barrieren bestehen auch in Studien- oder Prüfungsordnungen. Diese Probleme müssen gemeinsam angepackt und behoben werden.

Uni-Assist überwinden!

Derzeit müssen sich Studierende, die ihre Hochschulzugangsberechtigung nicht in Deutschland erworben haben, an über 100 Hochschulen in Deutschland über den externen Verein uni-assist bewerben. Eine solche Bewerbung ist mit zusätzlichen Gebühren verbunden, die neben der Übersetzung für Zeugnisse allein dafür entstehen, dass sich Menschen überhaupt bewerben können. Diese Gebühren müssen Bewerber*innen mit deutscher Hochschulzugangsberechtigung nicht zahlen. Zudem scheinen bei uni-assist oft Ansprechpartner*innen zu fehlen, die im hochschulinternen Zulassungsbüro für Ratsuchende für Auskünfte zur Verfügung stehen. So können Unstimmigkeiten bei der Bewerbung nicht direkt mit der Hochschule selbst geklärt werden, was eine weitere strukturelle Benachteiligung darstellt. Daher setzen wir uns für den Austritt aus uni-assist ein.

Abschaffung der Langzeitstudiengebühren und des Verwaltungsbeitrags

Nach der Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren müssen nun auch die Langzeitstudiengebühren folgen. Diese sind Ausdruck einer auf die Verwertbarkeit von Studierenden ausgelegten Logik: möglichst schnell fertig werden und möglichst wenig nach links und rechts gucken. Es ist ohnehin fraglich, ob die Erhebung der Gebühren die damit verbundenen Kosten in der Verwaltung rechtfertigen. Schließlich muss im Zuge der weiteren Reform des Hochschulgesetzes auch der Wegfall des Verwaltungskostenbeitrags als "kleine Studiengebühren" folgen. Verwaltungskostenbeitrag und Langzeitstudiengebühren sind genauso unsozial wie die allgemeinen Studiengebühren es waren.

Kulturangebote fördern und Kulturticket ausbauen

Die Corona-Pandemie hat verdeutlicht wie wichtig Kultur ist und wir dafür auch einstehen müssen. Die Kultur muss wieder in den Fokus gesetzt werden. Wir fordern eine Erhöhung des Kulturangebots für Studierende. Wir fordern daher die Überprüfung ob ein Kinoticket umgesetzt werden kann und werden uns mit einem Antrag im StuRa darum bemühen, uns dafür einzusetzen.

Ausreichend BAföG statt Elitenstipendien

Statt Geld in das Deutschlandstipendium und andere Prestigeprojekte zu stecken, sollte der Bund lieber eine echte BAföG-Reform anschieben. Eine Förderquote von 15% ist erschreckend. Die zaghafte Versuche der Bundesregierung, das BAföG anzuschieben, waren mehr schlecht als recht. Selbst die vor Kurzem beschlossene Erhöhung des Förderungssatzes stellt im Vergleich zur vorangegangenen nicht einmal eine Inflationsbereinigung dar. Wir sehen das BAföG als wichtigen Bestandteil eines selbstbestimmten Studiums. Stipendien für ohnehin Privilegierte lehnen wir ab.

Studentische Freiräume

Wie auch in den vorherigen Jahren wollen wir die bestehenden studentischen Freiräume an unserer Universität erhalten. Bei einem Erhalt des Status Quo können wir es dabei jedoch nicht belassen. Durch die Verteilung der Studienqualitätsmittel mit Studierendenbeteiligung bietet sich die Möglichkeit, Geld gezielt zur Sanierung und Aufwertung der bisher bestehenden studentischen Freiräume zu verwenden. Dies wurde bereits zugunsten der Sanierung des Elchkellers geschafft. Auch die neuen Arbeitsräume der PhilFak am Lodyweg bieten marginale Verbesserungen. Nun werden mit dem Wegzug der Fakultät Maschinenbau nach Garbsen enorme Räumlichkeiten frei, die neu beplant werden müssen. Zudem soll der AstA in nicht allzu ferner Zukunft in größere Räumlichkeiten einziehen. Für uns steht fest, dass am Ende dieses Prozesses die Schaffung von neuen Freiräumen ein Muss ist.

Serviceorientierte Universität

Vielfach wird von Studierenden verlangt, sich den Anforderungen der modernen Arbeits- und Wissenschaftswelt anzupassen. Dies kann jedoch keine Einbahnstraße sein. Auch die Universität Hannover muss sich den Ansprüchen der Studierenden anpassen und deutlich serviceorientierter arbeiten. Dazu gehören für uns verpflichtende Aufzeichnungen von Vorlesungen. Studierenden kann es angesichts der schlechten Raumsituation nicht zugemutet werden, bei jeder Veranstaltung zwingend anwesend zu sein.

Darüber hinaus fordern wir die Einführung von Online-Sprechstunden und die bessere Verfügbarkeit von Lehrenden für Rücksprachen mit Studierenden. Für die qualitativ hochwertige Gestaltung des eigenen Studiums ist die ständige Möglichkeit der direkten Rücksprache mit den Dozierenden dringend notwendig. Zusätzlich muss die Zettelwirtschaft, die nach wie vor im Fächerübergreifenden Bachelor an der Tagesordnung, ein Ende finden. Digitale Noten- und Leistungsübersichten sind kein Luxus, sondern ein Minimum an Service, der stattfinden muss!

Nur wenn die Universität auf die Bedürfnisse von uns Studierenden reagiert, ist uns ein flexibles und qualitativ hochwertiges Studium möglich.

Teilzeitstudiengänge einführen

Um (jungen) Eltern und Berufstätigen ein Studium zu ermöglichen, muss in allen Bereichen ein Teilzeitstudium ermöglicht werden. Kinder oder ein Job dürfen kein Ausschlusskriterium zu einem Studium darstellen, das weiter qualifizieren soll. Um diesem Zielkonflikt entgegenzuwirken, fordern wir den Ausbau von Teilzeitstudiengängen, welche Müttern oder Vätern die Balance zwischen elterlichen Pflichten und einem universitären Studium ermöglichen.

Für Studierende mit Kind gibt es bereits ein Angebot mit Kindertagesstätten und vergünstigtem Mensaessen. Jedoch kann es mit Tagesbetreuung und Essen nicht getan sein. Es werden weitere Angebote benötigt, damit junge Eltern während des Studiums flexibel bleiben können. Zudem benötigen einige Kindertagesstätten dringend eine Sanierung. Die finanziellen Mittel dafür wollen wir zur Verfügung stellen.

Gute Arbeit

Veränderungen herbeizuführen, die die arbeitsrechtliche Situation der studentischen Hilfskräfte (HiWis) verbessern, sind nicht leicht. Zur Umsetzung muss die arbeitende Studierendenschaft mobilisiert werden. Mittel zum Erreichen der Forderung ist der Arbeitskampf. Hier können der AStA, die Fach(schafts)räte und die hochschulpolitischen Gruppen gemeinsam aktiv werden! Wir wollen uns dem Thema annehmen und einen Aktionsplan ausarbeiten, um folgende Themen zu erreichen:

Eigener Tarifvertrag für HiWis – Studierendenschaft mobilisieren

Wir fordern einen eigenen Tarifvertrag für HiWis, denn es ist nicht ersichtlich, warum HiWis weniger Rechte haben sollen als anderes Personal. Berlin hat z.B. als einziges Bundesland einen Tarifvertrag für HiWis. Niedersachsen muss da nachziehen, denn auch HiWis sind oft genauso auf die Nebentätigkeit angewiesen, wie andere Arbeitnehmer*innen auf ihren Job, daher brauchen auch diese Beschäftigungssicherheit. Befristungsketten, durch die große Unsicherheiten entstehen können, lehnen wir ab.

TV STUD

Wir unterstützen TV Stud Hannover und auch den berechtigten Aufschrei durch #ichbinhannah. Es kann nicht sein, dass Uni-Beschäftigte, Mitarbeitende, Dozierende und auch Hilfswissenschaftliche Mitarbeiter*innen sich von befristeter Stelle zur befristeter Stelle hangeln.

Personalrat für HiWis

Im Zuge der NHG-Novelle vertritt der universitäre Personalrat nun auch wissenschaftliche Mitarbeiter*innen. Doch das ist nicht genug! Auch studentische Hilfskräfte haben Rechte, deren Einhaltung überwacht werden muss. Darum muss endlich eine Personalvertretung für HiWis eingerichtet werden. Übergangsweise sehen wir den AStA und die Fach(schafts)räte in der Pflicht, diese Funktion so gut es geht auszufüllen.

Missbrauch der Arbeitnehmer*innenrechte der HiWis verhindern

Auch jetzt haben HiWis Rechte. Urlaub, Krankheit usw. müssen auch hier beachtet werden. Dennoch werden die gesetzlichen Regelungen häufig umgangen. Daher sollen der AStA und die Fach(schafts)räte gemeinsam mit den Gewerkschaften auf die geltenden Rechte der HiWis aufmerksam machen und einen Aktionsplan erarbeiten, um Missbrauch zu verhindern.

Hochschuldemokratie

Nachdem wir grundlegend mitgeholfen haben, das neue Niedersächsische Hochschulgesetz zu formen, arbeiten wir weiter an der studentischen Mitbestimmung und der Verwirklichung einer demokratischen Hochschule. Was gut ist, kann noch besser werden.

Rüstungsforschungsfreie Universität – Zivil- und Transparenzklausel in das Hochschulgesetz

Obwohl die friedliche Forschung im Leitbild verankert ist, nimmt die Rüstungsforschung an der Universität nicht ab, sondern zu. Es ist für uns nicht haltbar, dass weiterhin in großem Maße für die Rüstungsindustrie geforscht wird und Studierende - oftmals ohne ihr Wissen - zum Handlanger dieser Industrie gemacht werden.

Die Uni hat gezeigt, dass Selbstverpflichtungen das Papier nicht wert sind, auf dem sie gedruckt sind. Daher muss der Gesetzgeber ran und die Zivilklausel in das Hochschulgesetz. Darüber hinaus müssen die Gremien der Hochschule über das Ausmaß und die Auftraggeber der Forschung informiert sein. Eine Transparenzklausel ist unabdingbar. Wir fordern die Offenlegung der entsprechenden Gelder und Bereiche.

Viertelparität in allen akademischen Gremien, jetzt!

Die Vergabe der Studienqualitätsmittel hat gezeigt, dass eine verantwortungsbewusste Beteiligung der Studierenden an der Hochschuldemokratie möglich ist. Das jetzige Modell, in dem die Lehrenden fast immer die Mehrheit haben, lehnen wir ab. Die Studierenden müssen als größte Statusgruppe auch entsprechend Gewicht in den Gremien bekommen. Daher fordern wir eine gesetzlich verankerte Viertelparität in allen Uni-Gremien. Nur dadurch, dass alle Statusgruppen gleiche Mitspracherechte haben, kann sich die Universität langfristig für alle gerecht entwickeln.

Macht des Präsidiums schwächen, Mitbestimmung stärken

Vorgeblich um Zeit zu sparen, umgeht die Universität bei vielen wichtigen Entscheidungen die gewählten und vom Senat eingesetzten Gremien mit studentischer Beteiligung. Dies ist absolut undemokratisch. Das stärkste und entscheidungsmächtigste Gremium, das hierzu genutzt wird, ist die Dekan*innenrunde. Diese bekommt oft zu Unrecht das letzte Wort oder die alleinige Entscheidungsmacht, immer wieder sogar über den Senat hinweg. Deshalb fordern wir eine Entmachtung der Dekan*innenrunde. Das gleiche gilt für die Hochschul- und Stiftungsräte, die die Universität von außen lenken können, ohne dass die dafür notwendige demokratische Legitimation vorhanden wäre. Selbstverwaltung soll wieder groß geschrieben werden.

Um die Transparenz zu gewährleisten, sollen alle akademischen Gremien hochschulöffentlich tagen.

Studentische*r Vizepräsident*in

Weil die meisten wichtigen Entscheidungen leider nicht vom Senat, sondern vom Uni-Präsidium beschlossen werden, müssen die Studierenden auch dort beteiligt werden. An einigen privaten Unis gibt es derzeit schon eine*n studentische*n Vizepräsident*in. Wir wollen uns stark machen, dass auch unsere Uni solch eine*n Vizepräsident*in bekommt, damit Transparenz gefördert wird und wir unsere Mitsprachemöglichkeiten maximieren.

Studienqualitätsmittel sinnvoll nutzen – Mehrheit bei den Studierenden belassen

Die Studienqualitätsmittel (SQM) sind der Ersatz für die seit dem Wintersemester 2014/15 weggefallenen Studiengebühren. Diese können jedoch nur mit studentischer Beteiligung und nur zur Verbesserung von Studium und Lehre verteilt werden. Derzeit stellen die Studierenden die Mehrheit der Kommissionsmitglieder und haben somit eine gestalterische Mehrheit in einem Gremium, das über die Verteilung von vielen Millionen Euro bestimmt. Auch die Jusos sind ein ordentlicher Vertreter in der Studienqualitätskommission vertreten und konnten so bereits mehrere Projekte zu Gunsten der Studierendenschaft durchsetzen.

Diese außergewöhnliche Stellung der Studienqualitätskommission wollen wir um jeden Preis erhalten und uns für den Erhalt der studentischen Mehrheit einsetzen. Zudem wollen wir uns auch weiterhin stark in die Verteilung der SQM einbringen und so die Universität entscheidend mitgestalten. Insbesondere studentische Projekte und Initiativen sollen so eine Chance auf Verwirklichung bekommen.

Starke Fachschaften, starke Studierendenschaft

Starke Fachschaften und Fachräte sind der Schlüssel zu einer selbstbewussten Studierendenschaft, die sich ihrer Probleme selbstständig annehmen kann. Aufgrund ihrer Nähe zu Lehrenden und Studierenden können die Fachräte und Fachschaften Probleme schnell identifizieren und Lösungen erarbeiten. Daher ist die Stärkung der Studierendenvertretungen auf Fakultätsebene unser Ziel.

Dort, wo es uns möglich ist, wollen wir Fachschaften und Fachräte personell unterstützen und politisch aktivieren. Oftmals verweigern sich die studentischen Vertretungen ihrem politischen Mandat. Dies wird jedoch im Hochschulgesetz festgeschrieben. Daher betrachten wir es als unsere Aufgabe, die unpolitischen Fachschaften und Fachräte aus der Entpolitisierung zu befreien.

Fachräte, die um ihre studentischen Freiräume kämpfen müssen, wollen wir selbstverständlich dabei unterstützen und nicht alleine der Willkür des Präsidiums und des Dekanats überlassen. Weiterhin wollen wir, dass jeder Fachrat und jeder Fachschaftsrat, der dies wünscht, einen eigenen, attraktiven und institutsnahen Raum zur Verfügung gestellt

bekommt. Eine schlagkräftige Arbeit kann nur über eigene und geeignete Räumlichkeiten erfolgen.

Wir wollen den aktiven, linken AStA und das Findungsphasenmodell erhalten und uns an Aktionen und Veranstaltungen beteiligen.

Feminismus

Als feministischer Richtungsverband reflektieren wir unsere Rolle in einer strukturell sexistisch aufgebauten Gesellschaft. Wir wollen patriarchale Machtstrukturen aufdecken und bekämpfen und treten für freie Entfaltung als Gegenkonzept zum binären Geschlechtssystem ein. Unser Feminismus ist antirassistisch und queer.

Mehr weibliche Professuren berufen

Frauen* sind bei den Professuren und in Leitungspositionen nach wie vor unterrepräsentiert. Wir fordern perspektivisch einen Frauen*anteil von 50% in wissenschaftlichen Spitzenpositionen der Universität. Dazu bedarf es der gezielten Förderung von Frauen* bei Promotionen und der vermehrten Einstellung von Frauen* bei Neubesetzungen entsprechender Stellen.

Außerdem sollen männerdominierte Studiengänge für Frauen* attraktiver gestaltet werden.

Awarenessstrukturen auf allen Partys der Studierendenschaft

Der AStA hat bereits einen Awarenessleitfaden erstellt, nach welchem Veranstaltungen der Studierendenschaft stattfinden sollen, um sexistische und rassistische Übergriffe auf ein Minimum zu reduzieren. Dieser Leitfaden muss weiter verbreitet und Fachschaften und Fachräte dazu angehalten werden, diesen zu befolgen. Wir begrüßen starke Awarenessstrukturen an der Universität! Für die Veranstaltung "festival contre le racisme" muss gemeinsam an einer Überarbeitung der Awarenessstrukturen gearbeitet werden.

Keine sexistische Werbung an der Uni

Studierende sind im Kapitalismus für viele in erster Linie Konsument*innen. Als Zielgruppe werden sie von Unternehmen, aber auch von Partyveranstalter*innen umworben, deren Werbung häufig sexistisch ist. Als Feminist*innen fordern wir, dass sexistische Werbung an der Uni entfernt wird und Unternehmen, die in der Vergangenheit durch derartige Werbung aufgefallen sind, nicht wieder auf dem Campus werben dürfen. Dies gilt auch für Fachschaften, studentische Gruppen oder Gremien.

Sexueller Belästigung entgegenzutreten

Sexuelle Belästigung gehört zum Alltag- auch an der Universität. Das wollen wir nicht hinnehmen. Deshalb fordern wir eine Sensibilisierung der Studierenden und Lehrenden durch gezielte Aufklärung. Angebote für Betroffene müssen stärker beworben werden, denn sexuelle Belästigung ist kein individuelles Problem, sondern ein gesamtgesellschaftliches.

Queer-/feministische Perspektiven stärken

Alle Menschen, die sich mit einem sozialen Geschlecht identifizieren, welches ihnen nicht bei der Geburt zugewiesen wurde (Trans*), die sich zwischen den beiden Geschlechtern „männlich“/„weiblich“ oder aber auch ganz außerhalb dieses Systems einordnen (Inter*), sind vielfältiger Diskriminierung ausgesetzt. Die von Männern dominierte Gesellschaft übt besonders auf diese Menschen einen extremen sozialen Druck aus, welcher sich heutzutage sogar schon von der Spielwarenabteilung bis zu den Toiletten im Büro durchzieht. Unsere Verpflichtung als fortschrittliche und feministische Studierendenschaft muss es somit sein, die verschiedenen Diskriminierungsformen zu bekämpfen, solange wir die auf dem binären Geschlechtersystem basierende Gesellschaft noch nicht überwunden haben.

Unser Antrag zu den gendergerechten Richtlinien für die Uni wurde bereits bei der letzten studentischen Vollversammlung beschlossen. Doch das reicht noch lange nicht aus:

Wir werden uns auch weiterhin für die Schaffung eines von Diskriminierung freien Umfelds für Menschen jeder sexuellen Orientierung und Gender-Identität einsetzen!

Antifaschismus

Für uns ist Antifaschismus Pflicht. Leider ist die Universität kein antifaschistischer Raum. Ganz im Gegenteil! Als Spiegel der Gesellschaft herrschen auch hier an vielen Stellen diskriminierende Strukturen vor. Menschen aus rechten Kreisen sind Teil der Hochschulgemeinschaft. Gruppen agitieren gegen ein aufgeklärtes, humanitäres Weltbild und stellen dem einen männlichen, reaktionären Konservatismus entgegen. All das gilt es im Sinne eines konsequenten Antifaschismus zu erkennen und zu bekämpfen.

Rassismus konsequent entgegentreten - zum Umgang mit der AfD

Vermeehrt haben sich in den vergangenen Monaten AfD-Hochschulgruppen an Universitäten etabliert, wodurch die allgemeine Stimmungslage und die Gedankenwelt vieler Studierender zunehmend durch antieuropäische, antifeministische und rassistische Propaganda vergiftet werden. In Hannover sind wir bisher glücklicherweise von derartigen Entwicklungen verschont geblieben. Sollte sich diese Situation in der Zukunft ändern, werden wir gegen jegliche Form des AfD-Auftretens an unserer Hochschule agieren.

Die AfD und besonders ihre Jugendorganisationen zeichnen sich durch ausgeprägte rassistische, sexistische und antisemitische Ausfälle aus. Die Art und Weise, auf die Äußerungen und Inhalte dieser Partei, die offen zum rechten Rand neigt, in der Gesellschaft aufgenommen und hoffähig gemacht werden, ist nur symptomatisch für strukturelle Probleme innerhalb der deutschen Gesellschaft. Die AfD hebt sie mit ihrem Vorgehen lediglich auf ein neues Niveau. In diesem Sinne sehen wir als wichtigstes Mittel im Kampf gegen das Erstarken derartiger Kräfte die politische Bildung allen voran junger Menschen. Kritische Lehre trägt ihren Teil dazu, Menschen dazu zu erziehen, nicht alles ohne Hinterfragen zu reproduzieren, aber auch niedrigschwellige Angebote außerhalb der eigenen Fachlichkeit sind für uns unerlässlich. Aufgeklärte Individuen sind am besten in der Lage, rechte Ideologien zu durchschauen und im Zeichen einer allgemeinen Solidarität gegen sie einzutreten.

Rechte Strukturen an der Uni

Ausgrenzende Männerbünde wie Verbindungen und Burschenschaften sind auf dem Campus stark präsent und versuchen gezielt, Studienanfänger*innen in ihre Häuser zu locken. Wir fordern ein Werbeverbot für Burschenschaften und Verbindungen auf dem Campus!. Wir bleiben weiter an dem Thema dran und scheuen trotz Drohungen und Anfeindungen nicht die Auseinandersetzung.

Gleichzeitig müssen wir uns auch mit der Situation auseinandersetzen, dass die Mitglieder nationalistischer Parteien mit uns studieren und Seminare und Vorlesungen nutzen, um eine Plattform für ihre menschenverachtende und nationalistische Ideologie zu haben. Dies darf nicht passieren und muss von Dozierenden unterbunden werden! Die Universität hat sich in der Vergangenheit ein Leitbild gegeben, welches gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in jeder Form im universitären Betrieb ablehnt. Dieses Leitbild muss nun praktisch umgesetzt werden, um rechten Ideologien in der Universität von Anfang an den Boden zu entziehen.

Wir wollen, dass die Universität der antifaschistische Raum wird, der sie sein sollte. Dazu wollen wir sowohl über die universitären Gremien, als auch über die Mobilisierung der Studierendenschaft alle Hebel nutzen, die uns möglich sind.